

Alternative (I)

Alternative der Hochfinanz

Roland Wuttke

Eine neue Partei setzt das alte Spiel fort. Konservative und Eurokritiker glauben wieder an eine Wahlalternative. Was ist von der „Alternative für Deutschland“ zu halten?

Es war absehbar, daß sich die Eurokrise nicht völlig aus dem Bundestagswahlkampf heraushalten lassen würde. Weil die BRD-Blockparteien in ihrer „demokratischen Vielfalt“ alle auf Euro und EU setzen, bleibt das Thema, sozusagen wie die Brotkrümel einer Malzeit, den Kleinparteien überlassen. So versuchen die „Freien Wähler“ (FW) seit etwa einem Jahr mit deutlicher Kritik am „Euro-Rettungsschirm“ ESM zu punkten. 2008 hatte die Partei vom Zerfall der CSU in Bayern profitiert und ist seither mit einer 20köpfigen Fraktion (10,2 Prozent Stimmenanteil) im Bayerischen Landtag vertreten. Das machte Hunger auf mehr Posten im parlamentarischen Getriebe, und FW-Chef Hubert Aiwanger setzte den Antritt bei der Bundestagswahl 2013 durch, für die eine verbreitete Stimmung gegen die EU-Machenschaften Rückenwind geben sollte. Doch so richtig glaubwürdig wirkten die „Freien Wähler“ dabei nicht. Ihre Anti-ESM-Demos in München waren so kläglich, daß sie nur durch die Mitwirkung von NPD-Mitgliedern ihren nötigen Pep erhielten. Dies blieb offenbar auch dem Adenauer-Enkel Stephan Werhahn nicht verborgen, der eigentlich der Spitzenkandidat bei der Bundestagswahl sein sollte, nun aber seinen Rückzug von den „Freien Wählern“ ankündigte.

Um die EU-kritischen Wählerstimmen einzugliedern mußte sich das neoliberale Regime etwas einfallen lassen. Dieser Einfall heißt „Alternative für Deutschland“, eine Euro-kritische Wahlpartei, die im April gegründet wurde, und für enttäuschte Wähler der Blockparteien ein „demokratisches“ (d.h. unschädliches) Auffangbecken darstellen soll. Die Positionen dieser aus der Gruppe „Wahlalternative 2013“ hervorgegangenen Par-

tei lauten kurz zusammengefaßt:

- Das Europa der EU, wie es jetzt ist, funktioniert nicht und es kann auch nicht funktionieren
- Der Euro als Einheitswährung muß weg
- Ein künftiges Europa sollte ein Europa der Vaterländer sein.

Eigentlich ganz richtige und nachvollziehbare Positionen, die auch von den Professoren Dr. Karl Albrecht Schachtschneider, Dr. Wilhelm Hankel und Dr. Joachim Starbatty vertreten werden. Doch der zweite Blick macht stutzig: Hinter der „Alternative für Deutschland“ steht eine große Anzahl von Professoren und Doktoren, sowie ehemalige CDU-Leute, wie der frühere hessische Staatssekretär Alexander Gauland. Und Professoren sind wahrlich keine Revolutionäre, zumal sie auf der Gehaltsliste des Systems und seiner Konzerne stehen. Wir erinnern uns an Prof. Arnulf Baring, der schon im November 2002 per Artikel in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung die „Bürger auf die Barrikaden“ rief. Doch sah man den Professor nicht auf den Barrikaden, sondern in den weichen Sesseln geistloser Schwatzrunden im Fernsehen. Wer dort auftreten darf, verdient unser Mißtrauen. So durfte auch der Leiter der „Alternative für Deutschland“, Professor Bernd Lucke, dort für seine Gruppe werben, was auffällig ist, denn wahre Systemkritiker tauchen in den PR-Abteilungen des BRD-Regimes keinesfalls die Gelegenheit zur Selbstdarstellung. Wenn sogar der zionistische Springer Verlag seine Blätter dem „Alternative“-Professor öffnet ist Vorsicht angesagt.

Wer ist Professor Lucke?

Bernd Lucke ist 1962 in Berlin geboren und studierte von 1982 bis 1984 Volkswirtschaft, Philosophie und Neuere Geschichte an der Universität Bonn.

1985 absolvierte er ein Studium an der University of California (Berkeley). Seit 1997 habilitiert, ist er seit 1998 Professor für Makroökonomie an der Universität Hamburg. Lucke berät seit 2004 die Weltbank und leitet Forschungen zur Marktliberalisierung und Wachstumsintegration in Südeuropa und im Nahen Osten. Von 2007 bis 2008 war er Gastprofessor in Vancouver (Kannada). Während der Finanzkrise 2007 veröffentlichte Lucke einen „Gründungsaufruf an alle deutschen Hochschullehrer für Volkswirtschaftslehre“. Darin rief er auf zur „Gründung eines Plenums der Ökonomen“, eine Art elektronischer Vollversammlung aller Hochschullehrer für Volkswirtschaftslehre, die an einer deutschen Universität oder als deutsche Staatsbürger an einer ausländischen Universität lehren. „Das Plenum der Ökonomen berät und äußert sich ausschließlich zu volkswirtschaftlichen Ausnahmesituationen von herausragender nationaler Bedeutung. Einziges Ziel des Plenums ist es, die Öffentlichkeit und die demokratisch legitimierten Institutionen der Bundesrepublik Deutschland rechtzeitig und fundiert über die Einschätzung der diesem Staat dienenden Wissenschaftler zu informieren.“

Mehr als 300 Professoren unterzeichneten den Aufruf und wurden damit Plenumsmitglied. Lucke war dann 2012 Gründer der „Wahlalternative 2013“ und gründete im April die Partei „Alternative für Deutschland“.

Im neoliberalen Fahrwasser

Es geht also darum, die „demokratisch legitimierten Institutionen der BRD rechtzeitig und fundiert über die Einschätzung der diesem Staat dienenden Wissenschaftler zu informieren“, also sozusagen ein Frühwarnsystem zu installieren. Die Satzung der „Alternative für Deutschland“ enthält den Satz: „Dabei bejahen wir uneingeschränkt die freiheitlich-demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland und die im Grundgesetz und in den

Römischen Verträgen angelegte friedliche Einigung Europas.“ Damit ist die Partei im neoliberalen Fahrwasser, was eine gewisse Kritik an EU-Institutionen keineswegs ausschließt. Diese Position verdeutlicht folgender Satz aus dem Wahlprogramm: „Das europäische Parlament hat bei der Kontrolle Brüssels versagt. Wir unterstützen nachdrücklich die Positionen David Camerons, die EU durch mehr Wettbewerb und Eigenverantwortung zu verschlanken.“

Die EU soll also lediglich „schlanker“ gemacht werden. Viele konservative BRD-Patrioten sind jetzt wieder richtig glücklich über diese Wahl-„Alternative für Deutschland“, denn sie wird „von einer großen Anzahl renommierter Bürger unterstützt“. Und genau das ist das Problem. Renommiertere Bürger stehen allenfalls für kosmetische Operationen und keineswegs für den allfälligen Systemwechsel. Die Wähler sollen mal wieder eingefangen werden. Man tut so, als ob ihre Ängste aufgegriffen würden und nun schon allein durch die Mitwirkung einer Pseudo-Alternative am Polit-Showgeschäft sich am großen Kurs der Globalisierer etwas ändern könnte.

Die „Alternativen“ werden jedenfalls die Stimmen enttäuschter Unionswähler erhalten und könnten zwischen fünf und 10 Prozent erzielen, sofern die „Begleitung“ durch die Medien anhält. Das Kalkül der Strippenzieher im Hintergrund dürfte die Schwächung der CDU/FDP-Koalition sein. Diese wird für die forcierte Ausplünderung der Deutschen als zu schwach befunden. Aus diesem Grund wird eine große Koalition mit Merkel und Steinbrück bevorzugt. Die SPD muß im Boot sein, um den weiteren Sozialabbau durchzuziehen. Die „Grünen“, deren Spitzenkandidaten Özdemir und Trittin von der Hochfinanz längst für tauglich befunden wurden, sind dann nur noch eine Option. Die Systemparteien werden jetzt nervös und zeichnen das Szenario von Krieg und Chaos bei einem Ausstieg aus dem Euro. Das gehört zur üblichen Auseinandersetzung über die Vergabe begrenzter Parlamentsposten. Doch Politik wird längst nicht mehr in den Parlamenten gemacht. Und Krieg und Chaos bekommen wir in Europa so oder so. Und nur das wird die Fronten klären und den echten Alternativen den Weg bereiten – mit oder ohne Professoren. ■

Alternative (II)

Die Sklaven wollen bessere Lebensbedingungen

von *Hutten*

Die Sklaven wollen bessere Lebensbedingungen, doch der Käfig bleibt! Welche Chancen hat da eine „neue“ Partei?

Die Hoffnung stirbt bekanntlich zuletzt. So muß man die neue Parteigründung AfD-Alternative für Deutschland wohl sehen. Sicher meinen es die Akteure gut, die hoffen, mit einer neuen Partei den Hochverratskurs von Logen-Merkel und ihren Spießgesellen noch irgendwie zu stoppen. Das Ende der jetzigen Europaeinigung mit undemokratischer Zwangswährung wird selbstverständlich im Chaos, in Schuldklaverei und schlimmstenfalls wieder mit Bruderkriegen der europäischen Völker enden.

Die neue Partei wird von vielen patriotischen Aktivisten sehr aufmerksam beobachtet. Gibt es endlich eine Chance, das Parteienkartell der Scheidemokraten zu knacken? Werden nach 40 Jahren vergeblicher nationaler Parteigründungen die Deutschen diese Partei endlich annehmen? Werden die Fehler der Vergangenheit vermieden?

Was kann nach dem Gründungsparteitag vom 14.4.2013 festgestellt werden? Die Stimmung im Volk scheint besser geworden sein, immerhin sollen bereits 8.000 Mitgliedsanträge innerhalb von ein paar Wochen vorliegen. Mit Prof. Bernd Lucke scheint ein recht sympathisch wirkender und kompetenter Vorsitzender gewählt worden zu sein. Die Versuche, ihn bei Medienauftritten plattzumachen, hat er recht ordentlich überstanden. Überhaupt war erstaunlich, daß er überhaupt eine Chance in den Staatsmedien erhalten hatte. In der Regel werden die Vorsitzenden von deutschtreuen Parteien totgeschwiegen. Die Versuche, den damaligen Vorsitzenden der Republikaner Schönhuber, den FPÖ-Chef Haider oder den NPD-Erneuerer Voigt

vor laufenden Kameras bloßzustellen, sind damals genauso in die Hose gegangen, wie die jämmerlichen Versuche von Staatsfernseh-Schönenborn vor ein paar Tagen, mit Präsident Putin verbale Spielchen treiben zu können. Wir werden also sehen können, ob Bernd Lucke noch öfter in den Staatsmedien erscheinen darf.

Wenn man die Akteure der AfD und ihren z.T. hohen sozialen Stand betrachtet, muß der aufmerksame Betrachter unweigerlich an die Gründung des BfB-Bund freier Bürger denken. Parallelen zu dieser „Professorenpartei“ drängen sich hier geradezu auf. Vor 20 Jahren war die Zeit für eine Abkehr von den Blockparteien noch nicht reif. Das Spiel von CDUSPDFDPGRÜNROT war damals aber kein anderes als heute; wir können also gespannt sein, ob die Wähler diesmal eine neue Partei annehmen.

Was bei aller Euphorie das Bild der neuen Truppe jedoch massiv trübt, ist die krampfhaft Abgrenzung nach rechts. Was ist denn rechts? Wer gibt dafür die Handlungsanweisung? Etwa der sogenannte Verfassungsschutz, eine halbseidene Staatstruppe, die bei neuen Parteien ihre Spitzel und Provokateure einschleust, um danach verleumderische Berichte zu schreiben? Der Verfassungsschutz wurde nach dem Krieg gegründet, um die feindlichen Besatzungstruppen zu schützen. Der erste Präsident Otto John gehörte immerhin zum Verräterkreis von Admiral Canaris. Nach seiner Flucht 1944 arbeitete er für den britischen Greuelpropagandisten Sefton Delmer* gegen Deutschland. Soviel zu dieser Besatzungstruppe. Die Forderung der Linken und Grünen nach der Auflösung dieses Haufens kann nur dreimal bejaht werden. Die AfD geht aber leider genau auf die ausgelegte Leimrute der BRD-Demokraten und distanziert sich